

Berichte

IWF weiterhin auf Stabilitätskurs

I.

Die gemeinsame Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank-Gruppe fand in diesem Jahr wiederum in Washington, D.C., dem Sitz der beiden Institutionen statt. Im kommenden Jahr wird erstmals Toronto Veranstaltungsort der Jahresversammlung sein. Vereinbarungsgemäß finden alle drei Jahre die Tagungen außerhalb der Vereinigten Staaten statt. So waren 1979 Belgrad, 1976 Manila, 1973 Nairobi, 1970 Kopenhagen Veranstaltungsorte. Erstmals nahmen in diesem Jahr Vertreter der dem IWF neu beigetretenen Länder Bhutan und Vanuata an der Jahresversammlung teil, was die Mitgliedszahl im IWF auf nunmehr 143 Länder erhöhte. Wie üblich waren der Jahrestagung Sitzungen des Interimsausschusses, der 24er-Gruppe, des gemeinsamen Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank, der OECD und der 10er-Gruppe sowie anderer, insbesondere auch regionaler Gruppierungen vorausgegangen.

II.

Grundlage der Beratungen unter den Vertretern von Regierungen und Notenbanken zur Lage der Weltwirtschaft waren der Jahresbericht 1981 des IWF, der kurz vor der Jahresversammlung veröffentlicht wurde, sowie einige Dokumente mit Stellungnahmen des IWF-Stabs zur Entwicklung der Weltkonjunktur. Als „schwierig und enttäuschend“ hatte der IWF die weltwirtschaftliche Entwicklung der vorausgegangenen achtzehn Monate bezeichnet und auf das stagnierende Wirtschaftswachstum in den meisten Industriestaaten, auf eine erhebliche Abschwächung des Welthandelswachstums, große Zahlungsbilanzungleichgewichte, starke Unterschiede bei den Inflationsraten sowie extreme Schwankungen bei den Wechselkursen hingewiesen. Die Aussichten für die Weltwirtschaft und die zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzuschlagende Politik standen daher auch

im Mittelpunkt aller Treffen. Wesentliche Bedeutung kam erneut der diesjährigen Sitzung des Interimsausschusses des Gouverneursrates des IWF zu. Dieser Ausschuß, ein dem höchsten Beslußorgan des Fonds, dem Gouverneursrat seit 1974 vorgesetztes Beratungsgremium, hatte auf seiner 17. Sitzung am 26. und 27. September 1981 unter Vorsitz des Stellvertretenden Premierministers und Finanzministers von Kanada, *Allan J. MacEachen*, u. a. folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Weltwirtschaftslage und Anpassungsprozeß;
- Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten;
- IWF-Liquidität und Mittelbeschaffung;
- Achte allgemeine Quotenüberprüfung;
- Bericht des Geschäftsführenden Direktors des IWF zu Wechselkursüberwachung und Anpassungspolitik.

Massive Kritik der amerikanischen Regierung an der aus US-Sicht zu laxen und den Entwicklungsländern zu gefälligen Ausleihepolitik des IWF ließ vor Beginn der Jahrestagung eine Konfrontation mit den Entwicklungsländern befürchten. Dazu kam es jedoch nicht. Die Beratungen und Gespräche waren vielmehr gekennzeichnet von weitgehender Sachlichkeit und geprägt von dem gemeinsamen Bemühen um beidseitig akzeptable Lösungsmöglichkeiten für Industrie- und Entwicklungsländer.

Fortsetzung der Inflationsbekämpfung seitens der Industrierationen, vermehrte Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Beseitigung der Zahlungsbilanzdefizite sowie eine zurückhaltende und den globalen Bedürfnissen Rechnung tragende Ausleihe- und Liquiditätspolitik des IWF und damit Abschied von der „Politik des Füllhorns“ (*Wilhelm Seuss* in der FAZ vom 1. 10. 1981) sind die Grundlinien, auf die sich der Interimsausschuß nach zweitägigen Beratungen in Washington einigte. Nicht mit mehr und leichterer Finanzierung sondern durch verstärkte außenwirtschaftliche Anpassung muß nach Meinung der Ausschußmitglieder aus Industrie- und Entwicklungsländern auf die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte reagiert werden, um diese sobald wie möglich auf ein tragbares Maß zurückzuführen und damit Voraussetzungen für ein Wiedererstarken des Wachstums von Einkommen und Beschäftigung zu schaffen (vgl. Tabelle 1: Leistungsbilanzen in den Jahren 1977 - 1981).

Der Ausschuß verkannte nicht, daß sich bei der Inflationsbekämpfung in einigen Ländern Fortschritte zeigten: Die stabilitätspolitischen An-

Tabelle 1

Leistungsbilanzen in den Jahren 1977 - 1981
 (in Milliarden US-Dollar)

	1977	1978	1979	1980	1981 ^{a)}
Industrieländer					
Sieben größten Länder ..	8,0	34,2	4,7	- 15,7	- 1
Übrige Industrieländer ..	- 12,6	- 3,4	- 12,5	- 28,4	- 28
Entwicklungsländer					
Ölexportierende Entwicklungsländer	31,1	3,3	68,4	112,2	96
Ölimportierende Entwicklungsländer	- 28,6	- 37,5	- 57,6	- 82,1	- 97
Aufgeteilt nach Regionen:					
Afrika	- 6,0	- 7,3	- 5,8	- 7,3	- 14
Asien	- 0,7	- 5,8	- 14,1	- 23,7	- 25
Europa	- 7,6	- 5,2	- 8,5	- 10,3	- 9
Mittler Osten	- 5,2	- 6,3	- 8,3	- 7,7	- 8
Westliche Hemisphäre ..	- 9,1	- 12,9	- 20,9	- 33,1	- 40
Insgesamt	- 2,1	- 3,4	3,0	- 14,0	- 30

a) Projektionen des IWF.

Quelle: Jahresbericht Internationaler Währungsfonds, 1981 Seite 18.

strengungen dürfen aber nicht gelockert werden. Er unterstrich dabei insbesondere die Bedeutung einer stetigen und vorsichtigen Begrenzung des Geldmengenwachstums, die begleitet und unterstützt werden müssen von geeigneten fiskalpolitischen Maßnahmen, was vielfach eine Verringerung der Haushaltsdefizite mit einschließe.

Auch der Geschäftsführende Direktor des IWF, der Franzose *de Larosière*, sprach sich wie viele andere nachdrücklich für ein Festhalten an der Priorität der Inflationsbekämpfung aus: „... inflation remains at an intolerable level despite the human costs of the efforts that have been made. At this stage ... it is essential not to relax the efforts to combat inflation, but rather to press on with determination. Experience has amply demonstrated that sustained, sound growth requires that inflation first be brought under control.“

Ebenso wie zuvor schon der Währungsfonds in seinem Jahresbericht 1981 zeigte sich auch der Interimsausschuß besorgt über die eher zum Protektionismus als zur Liberalisierung neigenden Tendenzen. Härtere Wettbewerbsbedingungen und steigende Energiekosten hätten gerade

auch unter den Industrieländern verstärkt zu einer Abkehr bilateraler Handelstraditionen und dem Aufbau von Handelsschranken geführt. Eine derartige Politik bezeichnete der Interimsausschuß zudem als kurzsichtig, „weil sie dazu beitrage, Starrheiten bei der Ressourcenverteilung zu konservieren und keine dauerhaften Lösungen für die Probleme der Arbeitslosigkeit bieten könne“. Ein Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen sei nicht nur nachteilig für die Erzielung von Produktivitätsfortschritten und im Bemühen zur Inflationsbekämpfung sondern untergrabe auch die Möglichkeiten für eine Ausweitung des Welthandels und eine größere Beteiligung der Entwicklungsländer. Gerade für diese Länder sei auch wesentlich ein gleichberechtigter Zugang zu den internationalen Finanzmärkten.

III.

Große Besorgnis äußerte der Interimsausschuß über das teilweise dramatische Anwachsen der Leistungsbilanzdefizite insbesondere der erdölverbrauchenden Entwicklungsländer von 38 Mrd. \$ im Jahr 1978 auf 84 Mrd. \$ im Jahr 1980 mit wahrscheinlich noch steigender Tendenz in den Folgejahren. Die Schätzungen des IWF-Stabes für 1982 gehen für diese Ländergruppe von rund 100 Mrd. \$ Leistungsbilanzdefizit aus. Als Ursache dafür verwies der Ausschuß dabei auf die für diese Ländergruppe eher ungünstige außenwirtschaftlichen Entwicklungen, wie die rezessiven Tendenzen in den meisten Industriestaaten, die Verschlechterung der Terms of Trade einschließlich höherer Ölpreise sowie den weltweiten Anstieg der Zinskosten.

Der gewachsenen Bereitschaft des IWF zur Finanzierung der Defizite der Mitgliedsländer stellte der Interimsausschuß die Warnung an die Seite, „daß energische und umfassende Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die derzeitigen auf Dauer nicht durchzuhaltenen Leistungsbilanzgleichgewichte zu vermindern“. Von den beiden klassischen Domänen des IWF „Finanzierung und Anpassung“ hat letztere auf dieser Jahrestagung wieder eindeutig Vorrang erhalten. Es konnte daher auch kaum überraschen, daß der Ausschuß — vorwiegend auf amerikanische Initiative, die jedoch auch von anderen Industrieländern mit getragen wurde — gegenüber der Bereitstellung neuer Refinanzierungsquellen für den Währungsfonds deutliche Zurückhaltung zeigte.

US-Präsident *Reagan* wies in seiner Begrüßungsansprache zu Beginn der Jahresversammlung auf die Notwendigkeit eines von innen heraus

kommenden Anpassungsprozesses hin. "We who live in free market societies believe that growth, prosperity, and ultimately human fulfillment, are created from the bottom up, not the government down.

Only when the human spirit is allowed to invent and create, only when individuals are given a personal stake in deciding economic policies and benefiting from their success — only then can societies remain economically alive, dynamic, prosperous, progressive and free.

Trust the people. This is the one irrefutable lesson of the entire post-war period contradicting the notion that rigid government controls are essential to economic development.

The societies which have achieved the most spectacular, broadbased economic progress in the shortest period of time are not the most tightly controlled, nor necessarily the biggest in size, or the wealthiest in natural resources. No, what unites them all in their willingness to believe in the magic of the market place." Neben der Aufforderung zu verstärkten Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer unterstrich der US-Präsident die herausragende Bedeutung von IWF und Weltbank in der Welt, um „neue Hoffnung“ auf ein besseres Leben zu wecken. Als wichtigsten Beitrag für die Weltwirtschaft bezeichnete er die Wiederherstellung eines gesunden inflationsfreien Wachstums in den Vereinigten Staaten. "We have overspent, overtaxed and overregulated with the result being slow growth and roaring inflation. This stagflation must quickly overcome."

Als Exponent der Haltung der Industrieländer profilierten sich stärker als in früheren Jahren die Vereinigten Staaten. US-Schatzminister Donald T. Regan forderte in seiner Ansprache — im Einklang mit der von seiner Regierung auch im Inneren verfolgten restriktiven Geld- und Kreditpolitik —, daß der IWF die Konditionen für die von ihm bereitzustellenden Mittel straffe, daß er die Zuteilung von Sonderziehungsrechten nicht weiter ausdehne, und daß er Pläne, sich über private Kapitalmärkte zu refinanzieren, bis auf weiteres zurückstelle.

Bundesfinanzminister Matthöfer forderte die Fortsetzung des konsequenten Antiinflationskurses, nicht zuletzt um dadurch zu einer Senkung des internationalen Zinsniveaus zu gelangen.

IV.

Die Frage einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR), die von den Entwicklungsländern in Höhe von jährlich 12 Milliarden Son-

derziehungsrechten innerhalb der nächsten drei Jahre gefordert worden waren, ist vom Interimsausschuß nicht weiter verfolgt worden, sondern zur weiteren Behandlung an das Exekutivdirektorium des Währungsfonds verwiesen worden. Gleichzeitig wurde jedoch die Möglichkeit zur Diskussion gestellt, die seit 1979 laufende dreijährige Zuteilungsperiode mit einer Zuteilung von jährlich 4 Mrd. SZR zu verlängern und in gleicher Höhe SZR zuzuteilen.

Die anhaltende internationale Liquiditätsschwemme und die Gefahr einer Verzögerung des Anpassungsprozesses spricht eher gegen die Schaffung zusätzlicher Liquidität im Wege der SZR-Zuteilung. Zumindest hielten die maßgebenden Länder bei dieser IWF-Tagung eine weitere SZR-Zuteilung derzeit weder für wünschbar noch für opportun (vgl. Tabelle 2: Offizielle Währungsreserven am Ende der Jahre 1973 - 1980 und Ende Mai 1981).

Daß diese Auffassung der meisten Industrieländer nicht auf allgemeine Zustimmung stieß, konnte kaum überraschen. Die Minister der 24er-Gruppe aus den Entwicklungsländern bedauerten die offenkundige Abkehr von der bisherigen Politik der beiden Bretton-Woods-Institute. Sie äußerten in diesem Zusammenhang tiefe Besorgnis über Vorschläge „einiger bedeutender Industrieländer“ zu noch schärferen geld- und wirtschaftspolitischen Auflagen bei der Vergabe von IWF-Krediten als bisher. Ferner klagten die Minister über die „Gefühllosigkeit einiger Industrieländer“ bezüglich der Schaffung neuer Sonderziehungsrechte. Nach ihren Vorstellungen sollte die Zuteilung in der 1982 beginnenden neuen fünf Jahre umfassenden Basisperiode von den 1979 - 1981 jährlich zugeteilten 4 Mrd. SZR auf 12 Mrd. SZR verdreifacht werden.

Eine Zuteilung in dieser Größenordnung, so die Argumentation der G-24, sei zudem auch nicht inflationär. Die weltweite Geldentwertung sei in erster Linie das Ergebnis der internen Wirtschaftspolitik von Reservewährungsländern. Schließlich verwiesen sie auf die Inkonsistenz der Opposition dieser Länder gegenüber einer nicht an Bedingungen geknüpften Liquiditätsschöpfung für die Weltgemeinschaft durch SZR-Zuteilung, während diese zugleich die eigene Kaufkraft durch Erhöhung ihrer Reservewährungen erweiterten.

Nach den Richtlinien des IWF-Übereinkommens hat sich jedoch Schaffung von SZR hauptsächlich am langfristigen globalen Liquiditätsbedarf der Weltwirtschaft zu orientieren. Von dieser Entwicklung wird es abhängen, ob die Diskussion über eine Ausweitung der internationalen

Tabelle 2: Offizielle Währungsreserven am Ende der Jahre 1973 und Ende Mai 1981
 (in Milliarden SZR)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	Mai 1981
Alle Länder									
Währungsreserven ohne Gold insgesamt									
IWF-bezogene Aktiva									
Reservepositionen im Fonds	6,2	8,8	12,6	17,7	18,1	14,8	11,8	16,8	17,9
Sonderziehungsrechte	8,8	8,9	8,8	8,7	8,1	8,1	12,5	11,8	16,3
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	15,0	17,7	21,4	26,4	26,2	22,9	24,2	28,6	34,2
Devisen	101,6	126,5	137,3	160,3	200,3	221,1 ^a)	246,0	293,3	309,8
Währungsreserven ohne Gold insgesamt	116,6	144,2	158,7	186,7	226,5	244,1 ^a)	270,2	321,9	344,0
Gold ^b)									
Menge (in Millionen Unzen)	1.020	1.018	1.017	1.013	1.015	1.022	930 ^a)	938	939
Wert zum Londoner Marktpreis	94,9	155,1	121,9	117,4	137,8	177,3	361,4	433,5	384,7
Industrieländer									
Währungsreserven ohne Gold insgesamt									
IWF-bezogene Aktiva									
Reservepositionen im Fonds	4,9	6,2	7,7	11,8	12,2	9,6	7,7	10,7	11,6
Sonderziehungsrechte	7,1	7,2	7,2	7,2	6,7	6,4	9,3	8,9	12,0
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	12,0	13,3	14,9	19,1	18,9	16,0	17,1	19,6	23,7
Devisen	65,7	64,9	68,7	73,7	100,0	127,2	135,9	164,2	167,0
Währungsreserven ohne Gold insgesamt	77,7	78,3	83,7	92,7	118,9	143,1	153,0	183,8	190,6
Gold ^b)									
Menge (in Millionen Unzen)	874	874	872	872	881	884	789 ^a)	788	788
Wert zum Londoner Marktpreis	81,3	133,1	104,5	101,2	119,6	153,4	306,7	364,2	322,6

Ölexportländer

Währungsreserven ohne Gold insgesamt

IWF-bezogene Aktiva	
Reservepositionen im Fonds	0,3
Sonderziehungsrechte	0,3
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	0,6
Devisen	10,2
Währungsreserven ohne Gold insgesamt ... Gold ¹⁾	10,8
Menge (in Millionen Unzen)	34
Wert zum Londoner Marktpreis	3,1

Nicht-ölexportierende Entwicklungsländer

Währungsreserven ohne Gold insgesamt

IWF-bezogene Aktiva	
Reservepositionen im Fonds	0,9
Sonderziehungsrechte	1,4
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	2,3
Devisen	24,9
Währungsreserven ohne Gold insgesamt ... Gold ¹⁾	27,2
Menge (in Millionen Unzen)	110
Wert zum Londoner Marktpreis	10,2

Quelle: Jahresbericht Internationaler Währungsfonds 1981.

¹⁾ Eine Troyunze ist gleich 31,103 Gramm. Der Marktpreis ist der in London am letzten Geschäftstag jedes Zeitabschnitts festgesetzte Nachmittagspreis. — ²⁾ Die mengenmäßige Abnahme der offizielle Goldbestände der Länder von Ende 1978 bis Ende 1979 ergibt sich hauptsächlich daraus, daß neun der am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems beteiligten Länder 20 Prozent ihrer Goldbestände beim Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit hinterlegt haben. Die gegen diese Golddepots ausgestellten Europäischen Währungseinheiten (ECU) sind als Teil der offiziellen Devisenbestände der Länder ausgewiesen.

Liquidität bereits auf der nächsten Tagung des Interimsausschusses am 12./13. Mai 1982 in Helsinki, Finnland, wieder aufgenommen wird. Bundesfinanzminister Matthöfer hatte am Rande der Währungskonferenz ebenfalls darauf hingewiesen, daß weltweit ausreichend Liquidität vorhanden sei, so daß eine weitere Ausweitung die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung in sich berge.

V.

Die wichtigsten Finanzierungsquellen des IWF sollen auch in Zukunft die Einzahlungen auf die ordentlichen Mitgliedsquoten bleiben. Diesen Grundsatz hat der Interimsausschuß erneut bekräftigt und zugleich die Beschleunigung der achten allgemeinen Quotenüberprüfung, die spätestens im Herbst 1983 fällig sein wird, gefordert.

Ausdrücklich anerkannt wurde der Wunsch einiger Mitgliedsländer nach einer selektiven Erhöhung ihrer individuellen Quote, da diese gegenwärtig das weltwirtschaftliche Gewicht einzelner Länder nur ungenügend widerspiegeln. Unter den Mitgliedsländern des IWF herrschte Einigkeit darüber, daß sowohl die Quotensumme von derzeit 60,67 Mrd. SZR als auch einzelnen Quoten angesichts der stark gewachsenen Zahlungsbilanzungleichgewichte angehoben werden sollten. Die Frage der Quotenstruktur und damit letztlich auch der Stimmrechtsverhältnisse dürfte daher zu einem der wichtigsten Beratungsthemen der kommenden Monate im IWF werden.

Die Stimmrechte eines Mitgliedslandes bemessen sich nach den IWF-Regeln auf 250 „Basisstimmrechten“ zuzüglich einem Stimmrecht für je 100 000 SZR seiner Quote. Dieses Basisstimmrecht führt dazu, daß die Entwicklungsländer im IWF mit einem Quotenanteil von 41,0 % „überrepräsentiert“ sind, die Industrieländer dagegen mit 59,0 % unterrepräsentiert. Zusätzlich sind einzelne Länder innerhalb der jeweiligen Ländergruppe über- bzw. unterrepräsentiert. Dies gilt in der Besonderheit für die fünf wichtigsten Industrienationen. Hier hat Japan bereits sehr entschieden seinen Wunsch nach einer deutlichen selektiven Quotenerhöhung über eine lineare hinaus geäußert. Auch für die Bundesrepublik Deutschland wäre eine selektive Quotenerhöhung angesichts ihrer gewachsenen weltwirtschaftlichen Entwicklung durchaus angemessen. Geht man davon aus, daß eine Veränderung des Quotenanteils der Industrieländer zu Lasten der Entwicklungsländer politisch nicht durchsetzbar ist, so kann eine Änderung nur innerhalb der jeweiligen Ländergruppe

erfolgen. Aber auch hier dürfte aus vielerlei Gründen die „Zügigkeit“ der Quotenanpassung nicht leicht zu bewerkstelligen sein.

VI.

Zur Frage der Kreditaufnahmen des IWF bei den Währungsbehörden von Mitgliedsländern stellte sich der Interimsausschuß weiterhin positiv. Im März 1981 hatte der Währungsfonds seinen Mitgliedsländern einen sogenannten „Erweiterten Zugang“ (enlarged access) zu den Fondsmitteln eingeräumt, um angesichts der Ölpreisbedingten Verschiebungen des internationalen Zahlungsbilanzgefüges stärker als bisher zur Finanzierung des bestehenden Zahlungsbilanzungleichgewichts beitragen zu können, zugleich jedoch von der Konditionalität seiner Kreditvergabe zur Verbesserung des Anpassungsprozesses nicht abgehen zu müssen. Trotz der Mittelzusage durch Saudiarabien an den IWF in Höhe von jeweils 4 Mrd. SZR für 1981, 1982 und unter bestimmten Voraussetzungen auch für 1983 und der Einräumung einer Kreditlinie großer Industrieländer teils direkt, teils über die BIZ von 1,3 Mrd. SZR, errechnet der IWF-Stab bereits im Laufe des nächsten Jahres eine Finanzierungslücke bei seinem Kreditprogramm. Während der Interimsausschuß dem IWF daher grünes Licht für weitere auch kurzfristige Kreditaufnahmen bei Währungsbehörden gab, sollte die Möglichkeit eines Rückgriffs auf die privaten Kreditmärkte offen bleiben und im Lichte der Entwicklung der Kreditzusagen und der verfügbaren Mittel des Fonds gesehen werden. Diese eher diplomatische Formulierung des Sitzungskommuniqués verdeckt die weitgehenden Bedenken gegen eine Refinanzierung des IWF an den internationalen Märkten. Sie steht derzeit wohl auch kaum zur Debatte, könnte jedoch notfalls relativ rasch organisiert werden, zumal der Fonds angesichts seines Kreditstandings an den internationalen Märkten ohne weiteres entsprechende Kreditmittel mobilisieren könnte.

VII.

Zur Frage der Überwachung von Zahlungsbilanzpolitik und Wechselkursentwicklung der Mitgliedsländer unterstrich der Interimsausschuß die Notwendigkeit, diese Funktion in Zukunft „effektiver, einheitlicher und symmetrischer“ zu verwirklichen. Zwar bestand zumindest unter den Vertretern der Industrieländer weitgehend Einigkeit, daß sich die großen Wechselkursschwankungen der vergangenen Monate zu einem de-

Wechselkursregelungen der IWF-Mitgliedsländer
 (Stand 30. Juni 1981¹⁾)

US-Dollar	Gebunden an			Sonstige Währungs-kombi-nation	Nach bestim-mten Indi-katoren bereinigt	Gemein-schafts-regelungen	Sonstige
	franz.	Franc	Sonstige Währung				
Ägypten	Benin	Äquatorialguinea (Span. Peseta)	Burma	Algerien	Brasilien	Belgien	Afghanistan
Äthiopien	Elfbeinküste	Gambia	Guinea	Bangla-desh	Kolumbien	Dänemark	Argentinien
Bahamas	Gabun	(Pfund Sterling)	Guinea-Bissau	Botswana	Peru ²⁾	Frankreich	Australien
Barbados	Kamerun		Iran	China, Volks-republik	Portugal	Deutschland	Bahrain
Burundi	Komoren					Irland	Bolivien
Chile	Kongo	Lesotho	Jordanien	Fidschi	Italien	Costa Rica ²⁾	
Dominica	Madagaskar	(Südafrik. Rand)	Kenia	Finnland	Luxemburg	Ghana	
Dominikanische Republik	Mali	Swasiland	Malawi	Kap Verde	Niederlande	Griechen-land	
Dschibuti	Niger	(Südafrik. Rand)	Mauritius	Kuwait		Großbri-tannien	
	Obervolta		Sambia	Malaysia		Guyana ²⁾	
Ecuador	Senegal						
Grenada	Togo						
Guatemala	Tschad						
Haiti	Zentral-afrikanische Republik						

Honduras	Jugoslawien	Zaire	Salomon- inseln
Irak	Kanada		Schweden
Jamaika	Katar		Simbabwe
Jemen, Arabische Republik	Korea		Singapur
	Libanon		Tansania
Jemen, Dem. Volksrepublik	Malediven		Thailand
Lao, Dem. Volks- republik	Marokko ²⁾		Tunesien
Liberia	Mexiko		Zypern
Libyen	Neuseeland		
Nepal	Nigeria		
Nicaragua	Philippinen		
Oman	Saudi- Arabien		
Pakistan	Spanien		
Panama	Südafrika		
Paraguay	Sri Lanka		
Ruanda	Türkei		
Rumänien	Uganda ²⁾		
Somalia	Uruguay		
St. Lucia	Vereinigte Arabische Emirate		
St. Vincent und Grenada	Vereinigte Staaten		
Sudan	Westsamoa		
Suriname			
Syrische Arabische Republik			
Trinidad und Tobago			
Venezuela			

¹⁾ Über das Wechselkursystem des Demokratischen Kampuchea sind gegenwärtig keine Informationen verfügbar. — ²⁾ Costa Rica, Guyana, Marokko, Peru und Uganda änderten in dem am 30. Juni 1981 abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Wechselkursregelungen. Die Währungen von Costa Rica und Guyana waren zuvor an den US-Dollar gebunden. Die Währung von Uganda war an das SZR und die Währung von Marokko an eine andere Währungskombination gebunden. Peru fiel zuvor unter die Kategorie „Sonstige“.

Quelle: Jahresbericht Internationaler Währungsfonds 1981.

stabilisierenden Faktor entwickelt hätten. An der Frage jedoch, wie man diesem Phänomen begegnen solle, schieden sich die Geister. Während von amerikanischer wie auch deutscher Seite die Überzeugung geäußert wurde, daß die Wiederherstellung stabiler binnenwirtschaftlicher Verhältnisse das entscheidende und auch geeignete Mittel ist, um Wechselkursschwankungen weitgehend gering zu halten, wurde vom französischen Wirtschafts- und Finanzminister *Delors* dagegen als Rezept vorgestragen, zwischen dem Europäischen Währungssystem und dem Federal Reserve System eine Vereinbarung über die Relation zwischen Dollar und Ecu zu treffen, um größere Stabilität in der Wechselkursentwicklung zu erreichen. Zur Vermeidung erratischer Schwankungen angesichts der hohen Inflationsdifferenzen zwischen den Ländern hätte es möglicherweise erheblicher Devisenmarktinterventionen bedurft. Nach Meinung der amerikanischen Administration soll dagegen nur in Krisenfällen an den Märkten interveniert werden. Die übrigen europäischen Länder vertraten in Washington zweifellos eine eher pragmatische Haltung. Der englische Notenbankgouverneur *Gordon Richardson* hatte dies wenige Tage vor der Jahresversammlung in San Francisco treffend charakterisiert: "Non-intervention, whether openly declared or simply empirically perceived, is itself a policy from which the market draws conclusions. Exchange market expectations on occasion clearly feed on themselves. At such times official intervention may be the only way of avoiding extreme and unnecessary instability." Auch von den deutschen Währungsbehörden wurde kein Zweifel gelassen, daß Notenbankinterventionen an den Devisenmärkten auch in Zukunft eine Rolle zu spielen hätten und daß man aus guten Gründen auf dieses Instrument nicht verzichten wolle. Interventionen könnten jedoch keineswegs Ersatz für eine angemessene Wirtschaftspolitik sein (vgl. Tabelle 3: Wechselkursregelungen der IWF-Mitgliedsländer).

VIII.

Der neue Weltbankpräsident *Alden W. Clausen*, der erst am 1. Juli 1981 dieses Amt von *Robert S. McNamara*, der der Weltbank in dreizehn Jahren seinen Stempel aufgedrückt hatte, übernommen hatte, betonte in seinem „Maiden Speech“ die Notwendigkeit, die knappen und zukünftig noch knapper werdenden Mittel im Entwicklungsprozeß so effizient wie möglich anzusetzen und in den Entwicklungsländern eine möglichst große Rolle für die Privatwirtschaft und die privaten Finanzmittel zu finden.

„Ohne mehr Markt und Eigeninitiative kann man die Probleme in der Dritten Welt nicht lösen. Erforderlich ist eine Kombination, die bilaterale und multilaterale Hilfe mit einschließt.“

Er ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Hilfe im Rahmen der Weltbanktochter IDA (Internationale Entwicklungsgesellschaft) für die ärmsten Entwicklungsländer fortgesetzt und erheblich aufgestockt werden müsse. Vor allem an die Adresse der Vereinigten Staaten gerichtet, erklärte er, es gebe keine Alternative zur IDA, da in diesen ärmsten Ländern kein Raum für die Übernahme der Entwicklungsaufgaben durch private Institutionen bestehe.

Als konkretes Ergebnis während dieser Tagung konnte der finanzielle Engpaß bei der IDA überwunden werden, nachdem die US-Administration der Aufstockung der IDA-Mittel für den Dreijahreszeitraum von 1981 bis 1983 im Gesamtumfang von 12 Mrd. \$ zugestimmt und sich bereit erklärt hatte, ihre finanziellen Verpflichtungen daraus zu erfüllen.

Angesichts der amerikanischen Budgetlage hatte man sich von US-Seite jedoch zu gestaffelten Beiträgen — im ersten Jahr 520 Mill. \$, im zweiten Jahr 820 Mill. \$ und den Rest von 1 900 Mill. \$ 1983 — und nicht zu einer einmaligen Zahlung verpflichtet. Diese Haltung veranlaßte auch andere Industrieländer, um eine ähnliche Staffelung nachzusuchen.

IX.

Der Währungsfonds hat sich auf dieser Jahresversammlung wieder seinem ursprünglichen Ziel genähert, ausschließlich als Institution zur Hilfe von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, vor allem durch kurzfristige Kredite, tätig zu sein. Zwar waren seit jeher die Kredite des IWF in den höheren Tranchen mit Auflagen verbunden. Die Sonderfazilitäten des IWF und eine seit 1978 erfolgte Lockerung bei den Kreditauflagen hatten jedoch die Tendenz in Richtung einer Entwicklungsbank verstärkt.

Wenn nunmehr eine allzu rasche Expansion des Währungsfonds gemildert wurde, der IWF seinen Charakter als „Währungsbehörde“ behält und nicht zu einem Dauerfinanzier für Defizitländer wird, dann kann diese Richtungsänderung nur begrüßt werden. Zwar sollen auch weiterhin die sozialen und politischen Ziele eines Mitgliedlandes, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten und Prioritäten bei der Kreditvergabe durch den IWF berücksichtigt werden, aber wirtschafts- und geldpoli-

tische Auflagen sollen und müssen sicherstellen, daß die Zahlungsbilanzschwierigkeiten des kreditnehmenden Landes möglichst schnell überwunden werden.

Eine Verfahrensfrage, die bei dieser Jahresversammlung nur eine untergeordnete Rolle spielte, war die seit geraumer Zeit beantragte Zulassung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als Beobachter der Jahrestagung. Dies wurde in Washington in einem besonderen Verfahrensausschuß ohne Ergebnis weiterbehandelt. Als Vorsitzender der kommenden Jahrestagung in Toronto ist allerdings der kuwaitische Finanzminister *Abdlatif Y Al-Hamad* vorgesehen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Frage zu einem wichtigen Thema der IWF-Szene entwickeln wird. Dies könnte zu einer Politisierung des Währungsfonds führen.

Rüdiger von Rosen, Frankfurt a. M.

Zusammenfassung

IWF weiterhin auf Stabilitätskurs

Die diesjährige Jahresversammlung von IWF und Weltbank hat zu einer deutlichen Rückorientierung auf die ursprünglichen Ziele beider Institutionen geführt. Für den IWF bedeutet dies die Erhaltung als Institution zur Hilfe von Zahlungsbilanzschwierigkeiten vor allem durch kurzfristige Kredite und damit Verhinderung einer Tendenz hin zu einer Entwicklungsbank. Eine weitere Expansion des Kreditgewährungsspielraums außerhalb des Quotenrahmens wurde derzeit nicht weiter verfolgt, insbesondere wurden den Forderungen nach weiteren SZR-Zuteilungen nicht entsprochen. Einig waren sich die Vertreter von 143 IWF-Mitgliedsländern in der Priorität der Inflationsbekämpfung einerseits und in konditionierten Krediten des IWF zur besseren Anpassung der Zahlungsbilanzdefizite andererseits. Auch in Zukunft werden die ordentlichen Mitgliederquoten die wichtigsten Finanzierungsquellen des IWF bleiben. Die Beratungen und Gespräche vor und während der Jahresversammlung waren trotz mancher Meinungsunterschiede gekennzeichnet von Sachlichkeit, Einsicht und dem Bemühen um akzeptable Lösungsmöglichkeiten für Industrie- und Entwicklungsländer.

Summary

IMF still on a Stability Path

This year's Annual Meeting of the IMF and the World Bank has resulted in a clear re-endorsement of the original aims of both institutions. For the IMF this means that it will continue to function as an institution providing help to countries in balance of payments difficulties, particularly by means of

short-term loans, thereby curbing its tendency towards becoming a development bank. Further extension of its scope to grant credit outside the quotas was not envisaged for the time being, and in particular the calls for additional SDR allocations were not complied with. Representatives of the 143 Member Countries were agreed on the priority of the fight against inflation and the need for conditional IMF loans designed to bring about better balance of payments adjustment. The ordinary member quotas will, in the future, continue to be the most important sources of IMF financing. The talks and discussions before and during the Annual Meeting, despite some differences of opinion, reflected a practical, understanding approach and a desire to achieve acceptable solutions for industrialised and developing countries.

Résumé

Le FMI continue de mettre le cap sur la stabilité

Cette année, l'Assemblée annuelle du FMI et de la Banque mondiale a conduit à un net retour aux buts initiaux des deux institutions. En ce qui concerne le FMI, cela signifie qu'il continuera d'être l'institution destinée à aider les pays connaissant des difficultés au niveau de leur balance des paiements, principalement en leur accordant des crédits à court terme, ce qui empêchera le FMI de devenir une banque de développement. Le projet d'élargissement de la marge d'octroi des crédits en dehors du cadre des quote-parts a été pour l'instant abandonné; en particulier, il n'a pas été donné suite aux demandes d'allocations de nouveaux droits de tirage spéciaux. Les représentants de 143 pays membres du FMI ont été d'accord, d'une part, sur la priorité à accorder à la lutte contre l'inflation et, d'autre part, sur la question de la conditionnalité des crédits consentis par le FMI afin de parvenir à un meilleur ajustement des déficits enregistrés par les balances des paiements. A l'avenir, ce sont encore les quote-parts ordinaires versées par les pays membres du FMI qui constitueront les principales sources de financement de cette institution. Les délibérations et les débats qui ont eu lieu avant et pendant l'Assemblée annuelle ont été caractérisés, en dépit de maintes divergences d'opinion, par le réalisme, la compréhension et le souci de parvenir à des solutions acceptables pour les pays industrialisés et les pays en voie de développement.